



Hier kommt der Rest aus GZ 20!

Liebe Leserinnen und Leser, sicherlich haben Sie sich über das abrupte Ende in der Bayerischen Gemeindezeitung Nr. 20 gewundert. Keine Sabrina; keine Berichte aus Bayerns Kommunen, nicht die im Inhaltsverzeichnis angegebenen Fachthemen ... Schlicht und einfach: Es fehlten vier komplette Seiten. Sie wurden vor zwei Wochen versehentlich nicht gedruckt. Mit der heutigen Ausgabe werden sie nachgeliefert. Wir bitten dieses Versehen zu entschuldigen.

BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Landrätetagung in Kulmbach:

Landkreise als Schlüssel zum Erfolg

Über die Zukunft des ländlichen Raumes tauschten sich im Rahmen ihrer jährlichen Fachtagung Bayerns Landrätinnen und Landräte aus. Die Beratungen in Kulmbach waren geprägt von den laufenden Sondierungs- und Koalitionsverhandlungen in Berlin.

„Die Politik der Vernunft und der Verantwortung, die wir vom Freistaat in der Regel gewohnt sind, erwarten wir uns auch vom Bund. Das gilt insbesondere bei der Krankenhausversorgung“, unterstrich der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Christian Bernreiter (Deggendorf) und ergänzte: „Wir beten dafür, dass sich unsere bayerische Speerspitze bei den Koalitionsverhandlungen in Berlin durch-

setzen das DRG-System angepasst und eine Mindestbesetzung realistisch festgelegt werden und diese Besetzung dann der Budgetanpassung durch Tarifsteigerungen unterliegen. „Andernfalls sparen wir die Pflege zu Tode“, stellte der Präsident klar.

Steigende Patientenzahlen

Nach den jüngsten Auswertungen des Statistischen Bundesamts



Landrat Klaus Peter Söllner, Ilse Söllner und Landrat Christian Bernreiter, Präsident des Bayerischen Landkreistags (v.l.).

setzt. Joachim Herrmann und sogar die Bundeskanzlerin selbst haben uns versprochen, sich um unsere Anliegen zu kümmern.“

Krankenhäuser sind chronisch unterfinanziert

„Die Krankenhäuser sind chronisch unterfinanziert. Der Fehler liegt im System. Unsere Häuser können keine schwarzen Zahlen schreiben, solange die Krankenkassen nicht einmal die jährlichen tariflichen Personalsteigerungen ausgleichen“, unterstrich Bernreiter. Als absolut notwendig erachtet er in diesem Zusammenhang eine angemessene Mindestbesetzung in der Pflege. Hierfür müs-

sen hat die Zahl der Patienten in den Krankenhäusern zwischen 1991 und 2016 um 34 Prozent zugenommen (von 14,6 auf 19,5 Mio.). Ihre durchschnittliche Verweildauer hat sich in dieser Zeit auf 7,3 Tage halbiert. Die Zahl der Ärzte nahm um über 60 % zu (von 95.200 auf 158.100).

Bayerisches Erfolgsmodell

Die Zahl der Pflegekräfte ist dagegen mit etwa 325.000 heute fast gleich wie vor 25 Jahren. „Hier wird täglich Höchstleistung erbracht“, stellte Bernreiter fest und betonte: „Wir haben ein Pflegeproblem! Hier muss endlich der Druck raus, damit die Pflege wieder attraktiv wird. Auch die Notfallversorgung ist heilbar, wenn sie kostendeckend finanziert wird.“ (Fortsetzung auf Seite 4)



Anne-Marie von Hassel und Wolfgang Bauer (v.l.).

Kommunen als Profiteure

GZ-Interview mit LDBV-Präsident Wolfgang Bauer

Seit gut einem halben Jahr haben die 1.080 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesamtes für Digitalisierung, Breitband und Vermessung in München einen neuen Chef: Wolfgang Bauer. Seit 2008 leitete der studierte Vermessungsingenieur verschiedene IT-Referate im Bayerischen Finanzministerium – zuletzt war der gebürtige Passauer (Jahrgang 1970) für die IT-Strategie, IT-Sicherheit und IT-Infrastruktur verantwortlich. Über das umfangreiche Aufgaben- und Leistungsspektrum des LDBV und den Mehrwert für Kommunen informierte Präsident Wolfgang Bauer im Gespräch mit GZ-Chefredakteurin Anne-Marie von Hassel.

Oberste Dienstbehörde der Bayerischen Vermessungsverwaltung (BVV) ist das Bayerische Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat. Dort ist die BVV in der Abteilung VII (Digitalisierung, Breitband und Vermessung) angesiedelt. Als Mittelbehörde fungiert das LDBV, dem das Breitbandzentrum Amberg sowie das IT-Dienstleistungszentrum des Freistaats Bayern angehören. Außenstellen des Landesamtes befinden sich in Nürnberg, Schwabach, Neustadt a. d. Aisch, Amberg, Regensburg, Straubing, Landshut, Fürth und Augsburg.

Als zentraler IT-Dienstleister für die staatliche Verwaltung (Fortsetzung auf Seite 4)

sprechpartner für die Kommunen vor Ort.

Mit seiner 200-jährigen Tradition versteht sich das LDBV Wolfgang Bauer zufolge als Dienstleister für Bayerns Bürgerinnen und Bürger. Auch trage die Vermessungsverwaltung entscheidend zur Behördenverlagerung bei.

Zentraler IT-Dienstleister für die staatliche Verwaltung

Nach der erfolgreichen Inbetriebnahme der Dienststellen in Windischeschenbach (Bereich „Digitale Landkarten Bayern“) und Marktredwitz („Servicezentrum BayernServer“) im vergangenen Jahr ist seit 1. Juli 2017 nun auch die „Geo-Datenbank Bayern“ in Waldsassen in Betrieb. Weitere Standorte sind in Hof („Geodatenproduktion“), Neustadt a. d. Aisch („Landesluftbildarchiv mit Ausstellung“) und Freyung („Staats- und Landesgrenzen Bayern“) geplant.

Als zentraler IT-Dienstleister (Fortsetzung auf Seite 4)

Pressekonferenz des Bayerischen Städtetags:

Gebote der Vernunft

Die Themen digitale Infrastruktur an Schulen sowie Wohnungs- und Städtebau standen auf der Agenda der jüngsten Pressekonferenz des Bayerischen Städtetags in München. Dabei nahm Vorstandsvorsitzender Dr. Kurt Gribl vor allem den Freistaat in die Pflicht: Seine Aufgabe sei es, dauerhaft die IT-Ausstattung der Schulen und ihren Betrieb mitzufinanzieren.

Wie der Städtetagschef hervorhob, sei Bayern ein High-Tech-Standort, weshalb der Freistaat umso mehr eine Mitverantwortung bei der Finanzierung einer leistungsfähigen digitalen Infrastruktur an Schulen trage. Das Konnexitätsprinzip müsse eingehalten werden. Dabei helfe es jedoch nichts, wenn Schüler und Lehrer moderne Geräte wie Laptops, Tablets oder interaktive Whiteboards sowie Glasfasernetz-

IT-Ausstattung, die Wiederbeschaffung von Geräten und die Aktualisierung der Software. Fördermittel des Bundes dürften dabei nicht mit Fördermitteln des Freistaats verrechnet oder vom Freistaat einbehalten werden.

Investitionsprogramm zur digitalen Bildung

Wie Gribl ausführte, habe der Bayerische Ministerrat im Rahmen eines Masterplans Bayern Digital II ein Investitionsprogramm beschlossen, das auch auf die digitale Bildung zielt. Darin sind etwa Glasfaseranschlüsse und 20.000 WLAN-Hotspots für alle bayerischen Schulen vorgesehen. Angestrebt wird die Einführung des digitalen Klassenzimmers an allen Schulen. Bislang habe der Freistaat es jedoch versäumt, das digitale Klassenzimmer zu definieren.

Pflichtfach IuK

Informatik und Informationstechnologie sollten nach Überzeugung des Bayerischen Städtetags Pflichtfach an allen Mittelschulen, Realschulen und Gymnasien werden. Für Lehrkräfte sei eine Qualifizierungsoffensive vorgesehen. Gribl zufolge fordern (Fortsetzung auf Seite 2)



Dr. Kurt Gribl.

ze und WLAN-Verbindungen in Schulen zur Verfügung gestellt bekommen; die Technologie müsse auch sinnvoll im Unterricht genutzt werden.

Qualifizierungsoffensive für Lehrer

Hierzu müssten Lehrkräfte kompetent im Umgang mit digitalen Lehrmitteln in jedem Fach sein, betonte Gribl und ergänzte: „Die Digitalisierung des Unterrichtswesens ist mehr als die Weiterentwicklung der grünen Tafel.“ Nötig sei letztlich ein schlüssiges Gesamtkonzept zu IT-Ausstattung und IT-Anwendung an Schulen mit klaren Zielvorgaben und einem konkreten Zeitplan, damit die Kinder an allen Schulen gleiche Chancen haben.

Freistaat und Bund müssten sich laut Bayerischem Städtetag nicht nur angemessen an den Kosten des Investitionsaufwands beteiligen, sondern auch an den laufenden Kosten für den Betrieb der



Man hat den Eindruck, dass sich Naturkatastrophen häufen. Deshalb gab der Bürgermeister einen Masterplan zur Koordination jeglicher Hilfsdienste in Auftrag. Dabei hätten viele Menschen gar kein Gesprächsthema, wenn es das Wetter nicht gäbe. S. 15

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Die Referenten beider Landrätetagung (v.l.): Dr. Andreas Bachmeier (Engel & Zimmermann), Dr. Herbert Hofmann (Versicherungskammer Bayern), Landrat Christian Bernreiter, Präsident des Bayerischen Landkreistags, Isabell Jagel, (Bayerischer Landkreistag), Rudolf Keller (Bayerische Versorgungskammer), Dr. Norbert Huber (HEUSSEN Rechtsanwaltsgesellschaft mbH), Carsten Sellmer (Airbus).

Sie lesen in dieser Ausgabe

Behördenverlagerung kommt gut voran	Seite 2
Chancengerechtigkeit im Blick	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Patientenversorgung auf hohem Niveau sicherstellen	3
10 Jahre European Energy Award	5
„Nach uns die Sintflut“ wäre ein Desaster für Kinder	5
GZ-Fachthemen:	
EDV · IT	6 - 9
Breitband · Kommunikationstechnologien	10/11
Kommunale Bau Themen	12/13
Aus den bayerischen Kommunen	14 - 16

Dorferneuerung und Baukultur:

Staatspreise für Wiederbelebung alter Gebäude

Private und kommunale Bauherren aus ganz Bayern wurden in der Münchner Residenz für die herausragende Erneuerung und Wiederbelebung denkmalgeschützter und ortsbildprägender Gebäude von Landwirtschaftsminister Helmut Brunner mit Preisen ausgezeichnet. Bei einem Festakt überreichte der Minister an insgesamt 14 Projekte den mit 2.000 Euro dotierten Staatspreis „Dorferneuerung und Baukultur“. Zwei Bauherren erhielten einen in gleicher Höhe dotierten Sonderpreis.

Laut Brunner sind die ausgezeichneten Projekte beispielgebend für den Erhalt der Baukultur und von entscheidender Bedeutung für die Innenentwicklung der Dörfer. „Mit außerordentlichem Engagement haben sie als Bauherren dafür gesorgt, dass für Ortsbild und Baukultur charakteristische Gebäude erhalten und zeitgerecht genutzt werden“, betonte der Minister in seiner Laudatio. Die prämierten Bauvorhaben seien damit „gelungene Investitionen in die Baukultur Bayerns“.

Die Sieger wurden von einer Fachjury aus Architekten, Heimatpflegern und Fachleuten der Verwaltung für Ländliche Entwicklung aus über 4.000 Projekten ausgewählt, die in den vergangenen fünf Jahren im Zuge der Dorferneuerung umgesetzt und staatlich gefördert wurden.

Zu den sechs öffentlichen Bauherren, die sich um die Identität und die Innenentwicklung von Dörfern verdient gemacht haben, zählt die Gemeinde Fellheim (Landkreis Unterallgäu) mit dem Projekt „Ehemalige Synagoge wird nach umfangreicher Sanierung zum Kulturzentrum gegen das Vergessen“. Der prägnante Bau der 1786 erbauten Synagoge erlangte nach der Verwüstung 1938 und der Zweckentfremdung als Wohnhaus seit den 1950er Jahren seine historische Erscheinung und Bedeutung zurück und prägt heute als öffentlicher Bege-

nungsort (Ausstellungen zum Judentum in Schwaben, Feiern, Feste, Vorträge und Konzerte) den Ortskern von Fellheim. Besonders überzeugen auch die baulichen Ergänzungen in Reminiszenz an den ursprünglichen Zustand. Die historisch herausragende Stellung des Einzeldenkmals mitten im denkmalgeschützten Ensemble „Judenviertel Fellheim“ ist nun wieder offensichtlich.

Gemeinde Oberdachstetten

Ein weiterer Preisträger ist die Gemeinde Oberdachstetten (Landkreis Ansbach). Die Renovierung und Umgestaltung des historischen Schulhauses in ein multifunktional nutzbares Dorfgemeinschaftshaus, das energetisch und funktional heutigen Anforderungen gerecht wird, erhält die zentrale und identitätsstiftende Bedeutung des alten Schulhauses und macht es zum Treffpunkt des Dorfes. Dabei wird das äußere Erscheinungsbild des Altbaus denkmalgerecht saniert und die Situation im Inneren den neuen Funktionen angepasst und räumlich aufgewertet. Das denkmalgeschützte historische Schulhaus wird als Dorfgemeinschaftshaus für vielfältige Veranstaltungen genutzt. Aufgrund des stark sanierungsbedürftigen Zustandes im Altbau wurde eine Instandsetzung und Umgestaltung für die neuen Funktionen vorgenommen.

Ebenfalls prämiert wurde die

Gemeinde Bundorf (Landkreis Haßberge). Dort hat das eingeschossige Fachwerkgebäude nach vielen unsachgemäßen Eingriffen und langem Leerstand sein historisches Erscheinungsbild zurück erlangt. Durch die Lage unmittelbar an der Hauptstraße bedeutet die vorbildliche Sanierung und die mit ihr einhergehende Anlage eines bisher fehlenden Dorfplatzes eine erhebliche städtebauliche Aufwertung an zentraler Stelle. Das Gemeindeprojekt ist beliebter Treffpunkt aller Generationen und hat als Vorbild bereits zahlreiche weitere private Sanierungen in der Nachbarschaft ausgelöst. Mit dem Dorfgemeinschaftshaus ist ein weiterer Baustein in den beispielhaften Aktivitäten des Hofheimer Landes zur baulichen, funktionalen und sozialen Innenentwicklung umgesetzt worden.

Stadt Karlstadt

Ausgezeichnet wurde auch die Stadt Karlstadt (Landkreis Main-Spessart). Im Stadtteil Wiesenfeld schloss der letzte Lebensmittelladen im Jahr 2012. Aus einem Kreis von ansässigen Bürgern entwickelte sich die Idee zur Schaffung eines Dorfladens. Aus verschiedenen Leerständen hat sich das ehemalige Raiffeisenlager als idealer Ort für einen Dorfladen herausgestellt: zentrale Lage bei der Kirche, Parkplätze vorhanden, aber vor allem ein Gebäude mit Charakter, das außen wie innen das Einkufen zu einem ganz besonderen Erlebnis macht.

Das Projekt zeigt eindrücklich, wie die Umnutzung von Leerständen bestehende Identitäten in neue überführen kann, gerade bei Nutzungen, die als Neubauten leider oft kaum baukulturelle Identität

hervorbringen. Beim Dorfladen mit Café und Bankfiliale in Wiesenfeld passen die neue Nutzung und das bestehende Gebäude so gut zusammen, dass die doch erheblichen Eingriffe den grundsätzlichen Charakter des raumbildenden schlanken Langbaus erfreulicherweise nicht aufheben.

Mit Sonderpreisen bedacht wurden Projekte der Teilnehmergemeinschaft Finsterau und der Gemeinde Mauth (Landkreis Freyung-Grafenau) sowie der Stadt Seßlach mit dem Brautraditionsverein Unterellendorf (Landkreis Coburg).

Das Projekt „Umbau des ehemaligen Schulhauses zum ‚Haus der Generationen‘“ zeigt, wie in strukturschwachen Regionen unter intensiver Mitwirkung der Bevölkerung ein Angebot für Gemeinde, Dorfgemeinschaft und Pfarrei, für Seminare, Feiern, Kul-

tur und Sport unter einem Dach in einem leer gefallenen Schulhaus geschaffen werden kann.

Das nur sporadisch genutzte Schulhaus aus den 1960er Jahren wurde 2012 bis 2014 in Kubatur und Erscheinung für die Nutzung als „Haus der Generationen“ umgebaut. Auch wenn die baukulturellen Potenziale nicht bei allen baulichen und freiräumlichen Maßnahmen voll ausgeschöpft wurden, ist das Projekt laut Jury in der Ausnutzung vorhandener Ressourcen vorbildhaft. Als ruhiger Baukörper im neuen Holzkleid ist die ehemalige Schule zusammen mit der weitgehend entsiegelten Vorfläche nun der kulturelle Mittelpunkt des Dorfes.

Mit der Sanierung und Weiterentwicklung des alten Bürgerbrauhauses zu einer Bürgersolarbrauerei in Seßlach sind wesentliche Beiträge zur Erhaltung der

örtlichen Baukultur, der gemeinschaftlichen und sozialkulturellen Traditionen sowie zum Klimaschutz geleistet worden.

Bauliche und technische Mängel stellen die Weiterführung der Brautradition in Frage. Im Rahmen der Dorferneuerung wurde die Generalsanierung des Kommun-Brauhauses in die Wege geleitet, wobei der hohe Anteil an Eigenleistung der Bevölkerung besonders hervorzuheben ist. Im Zuge der Dachsanierung wurde eine Fotovoltaikanlage installiert, die von einer Bürgersolargesellschaft betrieben wird. Die historische Brauanlage konnte weitgehend erhalten werden. Das ortsbildprägende Gebäude trägt als Treffpunkt für die Dorfbewohner zur Belebung der Ortsmitte bei und hat einen hohen Wert als Identifikationsmerkmal der Dorfgemeinschaft. **DK**

Studie des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung:

Wohnraumversorgung von Flüchtlingen

Die Zuwanderung von Flüchtlingen und Asylbewerbern erfährt seit 2015 in öffentlichen und politischen Debatten zunehmend Aufmerksamkeit, denn die Zahl der Schutzsuchenden ist stark gestiegen. Für die Städte und Gemeinden ergeben sich hieraus neue Herausforderungen. Nachdem zunächst die Erstversorgung und Unterbringung von Asylbewerbern im Fokus stand, rückt inzwischen die Integration in den Mittelpunkt.

In der vorliegenden Studie „Integration von Flüchtlingen in den regulären Wohnungsmarkt“, herausgegeben vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, wurde deshalb durchleuchtet, inwieweit es Flüchtlingen gelingt, sich nach der Erstunterbringung mit Wohnraum zu versorgen. Die Forschungsarbeit zeigt zunächst: Asylbewerber werden nach dem Königsteiner Schlüssel auf die Länder verteilt, jedoch sind Abweichungen davon zu beobachten. Generell zeigt sich eine räumliche Konzentration auf die nördlichen und westlichen Bundesländer, sowohl von Asylbewerbern als auch von anerkannten Geflüchteten (Arbeitssuchende im Kontext von Fluchtmigration). Die Verteilung von Geflüchteten auf die Kreise und kreisfreien Städte regeln die Länder. Überraschenderweise trifft es nicht zu, dass in allen kreisfreien Großstädten überdurchschnittlich viele Arbeitssuchende im Kontext von Fluchtmigration leben.

Aus den Fallstudien ergeben sich auch deutliche Hinweise auf Probleme bei der Integration von Geflüchteten in den regulären Wohnungsmarkt. Daher wäre, so die Untersuchung, eine einheitliche Datenbasis auf Ebene der Kreise und kreisfreien Städte wünschenswert, um Wanderungsprozesse der Geflüchteten zu analysieren und darstellen zu können. Die Politik sollte die entsprechenden Impulse dafür geben, dass das BAMF und die Bundesagentur für Arbeit diese Daten erheben und für Forschungszwecke zugänglich machen.

Fest steht zudem, dass in Kommunen, in denen die Versorgung von Geflüchteten auf dem regulären Wohnungsmarkt gelingt, es oft an Perspektiven für passende Arbeits- und Ausbildungsplätze mangelt. Darüber hinaus ist es für Geflüchtete schwierig, Entfernungen zu Integrationskursen, Ärzten, Einkaufsmärkten und Freunden zu überwinden, da sie auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen sind, der in ländlichen Regionen Defizite aufweist. Diese Faktoren erschweren eine nachhaltige Integration von Geflüchteten in die Gesellschaft.

Ein weiteres Ergebnis: In Großstädten und Universitätsstädten mit angespannten Wohnungsmärkten leben viele Geflüchtete über lange Zeiträume in Not- und Gemeinschaftsunterkünften ohne Wohnqualität. Die Integration in den Wohnungsmarkt gelingt nur

ansatzweise, der Neubau von Sozialwohnungen kommt nur langsam voran. In vielen Städten sind die Fluktuationsreserven des Wohnungsmarktes aufgebraucht und die Engpässe lassen punktuell einen „Schwarzmarkt“ für die Vermittlung von Wohnungen entstehen.

Die Kommunen streben eine möglichst gleichmäßige räumliche Verteilung von Asylbewerbern an. Dennoch lässt sich beobachten, dass Gemeinschaftsunterkünfte weniger häufig in Wohngebieten eingerichtet werden, in denen Wohlhabende leben. Für die räumliche Verteilung von Geflüchteten, die sich auf dem regulären Wohnungsmarkt versorgen, zeigt sich, dass der größte Anteil in den Quartieren Wohnraum findet, in denen die Mieten moderat sind. In besseren Lagen fehlen Grundstücke, um Wohnraum für Geflüchtete zu errichten.

Teilweise Widerstände

Zudem trifft deren Unterbringung dort teilweise auf erhebliche Widerstände, unabhängig davon, ob es sich um angespannte oder entspannte Wohnungsmärkte handelt. Auf diese Weise verstärkt die Zuwanderung von Flüchtlingen die sozialräumlichen Ungleichheiten in den Städten. Allerdings fehlen Daten, um umfassend zu ermitteln, welche Gebiete mit einem hohen Anteil an Geringverdienern einen überproportionalen Zuzug von Geflüchteten erleben. Um gezielte Integrationsangebote bereitzustellen, wäre diese Information wertvoll.

Die dezentrale Unterbringung von Geflüchteten in Wohnungen trägt besonders zur Integration in den Wohnungsmarkt bei, wenn die Geflüchteten die Mietverträge übernehmen können. In der Praxis stellt die Wohnungsunterbringung jedoch nicht immer eine Verbesserung gegenüber der Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften dar.

Mancherorts sind die Wohnungen mit vielen Menschen belegt, die sich nicht ausgesucht haben, Zimmer, Bad und Küche miteinander zu teilen. Der Wohnstandard ist bisweilen geringer als in kleinen Wohnheimen und die Privatsphäre ist stark eingeschränkt. Um die Vorzüge der Wohnungsunterbringung nicht zu schmälern, sollte eine hohe Belegungsdichte von Wohnungen unbedingt vermieden werden.

Viele private Eigentümer haben

ungenutzten Wohnraum in unterschiedlichen Wohnlagen und von unterschiedlicher Qualität aktiviert, um Geflüchtete zu unterstützen. Sie vermieten diesen teilweise unter dem ortsüblichen Mietniveau. Das Wohnraumpotenzial konnte vielfach durch ehrenamtliches Engagement erschlossen werden. Damit haben Geflüchtete von nicht zu erwartenden Marktzugängen profitiert. Anstrengungen, ungenutzten Wohnraum an den Markt zu bringen, sollten weiter verfolgt und unterstützt werden.

Die Planungsunsicherheit in Bezug auf die vorzuhaltenden Aufnahmekapazitäten für Geflüchtete belastet viele Kommunen unter anderem finanziell. Auch erschwert der Aufbau von hohen Kapazitäten in Gemeinschaftsunterkünften in einigen Kommunen den Übergang von Geflüchteten auf den regulären Wohnungsmarkt. Die Kommunen nehmen ihre Aktivitäten zur Wohnungsvermittlung zurück und geben sozialen Trägern vor, ausschließlich Geflüchtete mit Aufenthaltsstatus bei der Suche nach Wohnraum zu unterstützen. Im Rahmen des Abbaus von ungenutzten Kapazitäten in den Gemeinschaftsunterkünften, werden meist die hochwertigeren kleineren Unterkünfte in innerstädtischen Lagen geschlossen, um Kosten zu sparen. Es wäre aber wichtig, der Wohnqualität und den Integrationsmöglichkeiten in der Nachbarschaft ein stärkeres Gewicht zu geben.

Die Forschungsarbeit stützt sich auf Fallstudien in zehn deutschen Kommunen, darunter als bayerische Vertreter der Landkreis Haßberge und die Gemeindeallianz Hofheimer Land. Letztere hat ein gemeinsames Handeln zur dezentralen Unterbringung von Flüchtlingen in Städten und Gemeinden vereinbart und eine Projektgruppe „Integration Hofheimer Land“ gegründet, die sich u. a. für die Vermittlung von Wohnraum für anerkannte Geflüchtete engagiert.

Im Landkreis Haßberge ist nur übergangsweise eine Gemeinschaftsunterkunft eingerichtet worden, die 2017 wieder aufgelöst wurde. Es ist gelungen, ausreichend Wohnungen für Geflüchtete anzumieten. Der Landkreis wirbt bei den Wohnungseigentümern dafür, dass Geflüchtete nach ihrer Anerkennung die Mietverträge für die Wohnungen übernehmen können, die der Landkreis für sie angemietet hatte. Die Fallstudie zeigt, dass es für Geflüchtete im ländlichen Raum ein großes Problem darstellt, nur eingeschränkt mobil zu sein. Die dezentrale Unterbringung im Hofheimer Land konnte nur umgesetzt werden, weil viele Bürger ehrenamtlich Fahrdienste übernommen haben. **DK**

Meisterhaft - Das Siegel für nachgewiesene Fachkompetenz

Durch die 2004 liberalisierte Handwerksordnung hat der Meistertitel stark gelitten. Die Abschaffung der Meisterpflicht für 53 von 94 Handwerken hat dazu geführt, dass es immer mehr Handwerksbetriebe gibt, die von unzureichend qualifizierten Inhabern geführt werden. Die Altgesellenregelung und das Kleinunternehmergesetz verwässern die mit dem Meistertitel verbundenen Kompetenzvorsprünge. In der Öffentlichkeit ist der Eindruck entstanden, als ob sich Angelernte innerhalb kürzester Zeit dieselben Kenntnisse aneignen könnten, wie Betriebsinhaber mit Meistertitel.

Die Antwort des Deutschen Baugewerbes auf die Novellierung der Handwerksordnung und die damit verbundene Herabsetzung des Meistertitels ist „Meisterhaft - Das Siegel für nachgewiesene Fachkompetenz am Bau“. Diese Initiative greift bundesweit vom Brunnenbauer bis zum Zimmerer und zeichnet die kontinuierliche Weiterbildung innerhalb eines Bauunternehmens aus. Nur die Fachbetriebe der Innungen erhalten dieses Siegel. Darüber hinaus muss das Unternehmen eine Meister- oder vergleichbare Qualifikation (z. B. Dipl.-Ing.) nachweisen und in die Handwerksrolle mit einem Vollhandwerk eingetragen sein. Dadurch ist sichergestellt, dass die Eintragungsvoraussetzungen nach § 1, § 7, § 7 a bzw. § 8 der Handwerksordnung erfüllt sind.

Glasklare Vorgaben

Das Zertifizierungssystem beinhaltet glasklare Vorgaben, welche Anforderungen ein Baubetrieb zu erfüllen hat. Innerhalb des Siegels Meisterhaft kann ein Betrieb verschiedene Sterne-Klassen erreichen:

Betriebe der „Drei-Sterne-Klasse“ bilden sich regelmäßig auf besonderen Informationsveranstal-

tungen von Innung und Verband weiter. Dadurch sind sie immer auf dem neuesten Stand der Technik.

Für die „Vier-Sterne-Klasse“ haben sich die Unternehmen dar-



über hinaus zur ständigen Fortbildung und betrieblichen Eigenüberwachung verpflichtet. Sie besuchen Tagesseminare, um betriebliche Schwerpunkte gezielt zu vertiefen.

Die „Fünf-Sterne-Klasse“ setzt zusätzlich eine externe Fremdüberwachung durch unabhängige Prüfinstitute voraus.

Alle zwei Jahre werden die Aktualität von Status und Ster-

nen der Meisterhaft-Betriebe überprüft. Überwacht wird das Zertifizierungsverfahren durch die Zertifizierung Bau GmbH, eine der führenden unabhängigen Zertifizierungsstellen im Bauwesen mit Sitz in Berlin.

In Bayern beteiligen sich 638 Zimmerer- und Holzbaubetriebe an der Initiative. Davon tragen 335 Betriebe das Meisterhaft***-Zeichen, 242 Betriebe sind mit Meisterhaft**** ausgezeichnet und 61 Betriebe führen Meisterhaft*****. Eine Übersicht der zertifizierten Fachbetriebe ist im Meisterhaft-Bau-Guide aufgeführt.

Beilage in dieser GZ

Der Bau-Guide ist 2017 bereits in 2. Auflage erschienen und richtet sich an private, gewerbliche und öffentliche Bauherren, Architekten und Baufinanzierungsinstitute. Auf 40 Seiten finden sie gut geschulte Betriebe, um diese bei der Ausschreibung von Bauleistungen und Bauvergabe besonders berücksichtigen zu können. Damit kann sich der Auftraggeber auf Partner verlassen, die die beauftragten Arbeiten stets entlang dem aktuellen Stand der Technik leisten und bis zum Abschluss des Bauvorhabens zuverlässig und kompetent ausführen. So wird die Innovationskraft des modernen Holzbaus gewährleistet.

Der Bau-Guide liegt dieser GZ-Ausgabe bei. Weitere Exemplare können kostenfrei angefordert werden unter info@zimmerer-bayern.com **□**